Resolution

Mehr Geld für eine aufgabengerechte Finanzierung der Kommunen

Die wirtschaftliche Situation im Land hat sich verbessert, vor allem dank des großen Engagements in den Kommunen. So sind in den letzten Jahren auch die Einnahmen gestiegen. Dennoch verfügen die Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern immer noch über die bundesweit niedrigsten Steuereinnahmen. Trotz der Anstrengungen der Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker sowie der kommunalen Verwaltungen spitzt sich die Haushaltslage vieler Städte und Gemeinden weiter zu. Jahrelanges Sparen konnte daran nicht grundlegend etwas verändern.

Einigen wirtschaftlich starken Kommunen stehen viele finanzschwache Kommunen gegenüber, die teilweise nicht einmal die pflichtigen Aufgaben wie zum Beispiel den Brandschutz, finanzieren können. Für Kultur, Sport, Kinder-, Jugend- und Seniorenarbeit fehlt das Geld.

Zudem gibt es einen hohen Investitionsstau etwa bei Kindergärten, Schulen, bei Straßen und Radwegen. Selbst dringende Instandhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen an der kommunalen Infrastruktur werden wieder und wieder verschoben.

Wir fordern daher die Landesregierung M-V auf, die Neufassung des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) zügig zu erarbeiten, so dass es wie vereinbart Anfang des Jahres 2018 in Kraft tritt. Dabei ist eine aufgabengerechte sowie faire Finanzausstattung der Kommunen im Land sicherzustellen, dazu sind zusätzliche finanzielle Mittel in den Finanzausgleich einzusetzen. Das vorliegende Gutachten zum FAG enthält dazu diskussionswürdige Ansätze. Lebenswerte attraktive Kommunen sind Städte und Dörfer, in denen neben der Erfüllung der so genannten Pflichtaufgaben auch ausreichend Geld für Kunst und Kultur, für eine gute Kinder- und Jugendarbeit, für die Senioren, für den Sport oder Naherholung vorhanden ist.

Eine bessere und verlässlichere Finanzausstattung würde den Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern wieder mehr Gestaltungsspielraum geben und damit ihr ehrenamtliches Engagement stärker würdigen.

Beschlossen von der Mitgliederversammlung am 25.03.2017